

## Protest gegen Stacheldraht ist „Provokation“

*Stadtgericht von Groß-Berlin  
Urteil vom 21. August 1961  
— 101 c BS 49/61 —  
Aus „Neue Justiz“ Nr. 17 vom September 1961  
S. 611*

Die auf Grund des Beschlusses der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik vom 12. August 1961 eingeleiteten Maßnahmen zum Schutze der Grenzen der Deutschen Demokratischen Republik und des demokratischen Berlins haben es den Feinden unseres Arbeiter- und Bauernstaates unmöglich gemacht, weiterhin den Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik zu stören.

Die offenen Grenzen zur Deutschen Demokratischen Republik wurden durch aggressive Kräfte in beispielloser Weise für die subversive Tätigkeit gegen unsere sozialistische Entwicklung ausgenutzt.

Die Maßnahmen zum Schutz unserer Grenzen waren deshalb notwendig, zumal alle Bemühungen unserer Regierung, die anomalen Verhältnisse in Westberlin zu beseitigen, am Widerstand der Kriegstreiber gescheitert waren.

Die Maßnahmen verhindern den Menschenhandel mit Bürgern der DDR, die Einschleusung von Spionen und Saboteuren, beseitigen das Grenzgängerunwesen und stoppen die kriegswütigen Imperialisten bei ihren weiteren Kriegsvorbereitungen. Der Beschluß der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik liegt daher nicht nur im Interesse der Bürger der Deutschen Demokratischen Republik, sondern aller friedliebenden Menschen in ganz Deutschland.

Die von Feinden unseres Staates seit dem 13. August 1961 verstärkt durchgeführte Hetze und Aufwiegelung zu Provokationen gegen die Schutzmaßnahmen unserer Regierung zeigen erneut und deutlich die Gefahr, die Westberlin für die Erhaltung des Friedens darstellt.

An zahlreichen Stellen in Westberlin sammelten sich besonders am 13. und 14. August 1961 verschworene Feinde des Sozialismus und gegen die Deutsche Demokratische Republik aufgeputschte und verhetzte Menschen, um Zwischenfälle an den Grenzen zum demokratischen Berlin zu organisieren. Die Besonnenheit unserer Sicherheitskräfte verhinderte, daß diese Provokationen schwerwiegende Folgen auslösten.